Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 50 Pfg. Reklamezeile 100 Pfg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 6,00 Mk. und durch den Briefträger Mk. Einzel-Nummer 20 Pfg.

Vierteljährliche und monatl[illegible] werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße [illegible] [uns]eren Boten und allen Postan[illegible]men.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 10 | Sonnabend, den 22. Januar 1921 | 60. Jahrgang

Die letzte Woche.

Die Gedenkfeier für das 50jährige Bestehen des deutschen Reiches ist erfreulicherweise ohne größere Zwischenfälle verlaufen, die niemand verstanden haben würde, der in der Reichseinheit die Vorbedingung für Deutschlands Zukunft erblickt, mag er auch sonst einer Partei angehören, welche es sein mag. Auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Reichseinheit haben der Präsident Ebert, sowie Gedenkredner und öffentliche Meinung hingewiesen, und so gibt es wenigstens ein Ziel, über welches keine Meinungsverschiedenheit obwaltet. Der deutsche Reichstag hat sich erst einen Tag nach dem 18. Januar wieder in Berlin zur neuen Tagung zusammengefunden, für die es ihm an Arbeit auf dem leidigen Gebiet der Steuerpolitik nicht fehlen wird. Es ist in diesen Monaten endlich auch die Gesamtrechnung der Entente über die Kriegsentschädigung zu erwarten, die uns sagen wird, wieviel wir höchstens noch ausgeben können und wieviel wir unbedingt sparen müssen.

Die Agitation für die Landtagswahlen in Preußen von denen uns noch ein knapper Monat trennt, wird nochmals eine Pause in den Reichstagsverhandlungen herbeiführen.

Es ist vereinbart worden, daß die Beamtengehälter abermals erhöht werden sollen, doch muß der Schlüssel zur Lösung der Kostendeckungsfrage gefunden werden, was nicht leicht ist, da sich die Interessen der Steuerzahler in dieser Hochflut von neuen Abgaben gegen das Ersaufen sträuben, und andererseits auch die Entente ein Wort dazu mitsprechen will, damit genügend Geld für die Zahlung der Kriegsentschädigung übrig bleibt. Von Sparen und Preisabbauen ist heute wenig die Rede, aber sie werden schon zu ihrem Rechte gelangen, da die Brotsorge in der Ernährung dieses Jahres eine besonders wichtige Rolle spielen wird. Der Vorrat an Brotkorn ist bedenklich knapp geworden.

In Oberschlesien dauern die unerfreulichen Verhältnisse und die Bedrohung durch die Polen fort. Es wäre dringend zu wünschen, wenn der neue französische Ministerpräsident Briand den Klagen aus Oberschlesien und aus dem besetzten Rheinland Abhilfe schaffte und für die Berücksichtigung der deutschen Wünsche über die Sicherheitswehren sorgte, die wir bei den heutigen Zuständen vor der Hand nicht entbehren können.

Die deutsche Regierung hat jetzt die Fragen der Brüsseler Konferenz beantwortet, die, offen gesagt, den Eindruck machten, als handle es sich um die Aussage eines Manifestanten über seinen Vermögenszustand. Von deutscher Seite ist alle Auskunft erteilt worden, die möglich war, und sie wird der Entente kaum lieblich in die Ohren geklungen haben. Aber ein Schelm bietet mehr, als er hat. Die vorgebrachten Tatsachen sollte die Entente-Sachverständigen veranlassen, einer baldigen Entscheidung das Wort zu reden und sie nicht auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben. Es sieht so aus, als ob der französische Premierminister Briand im Einverständnis mit England und Italien und gemäß dem Wunsche Amerikas, der Verschleppung, die bisher geübt wurde, ein Ziel setzen will. Die Frage des Wieviel ist vom französischen Standpunkt aus nur dadurch zu erledigen, daß sich der Finanzminister in Paris darüber äußert, wieviel Geld er von den französischen Steuerzahlern herauszuschlagen hoffte, um die deutschen Waren annehmen zu können, die anstelle der baren Kriegsentschädigung, für die wir kein Gold haben, geliefert werden sollen. So schnell wird das Ziel nicht erreicht, aber man sieht doch den Weg, der beschritten werden soll, und wenn damit der Anfang gemacht würde, so wäre das wenigstens etwas nach den bald zweijährigen Verhandlungen. Denn im Frühjahr 1919 reiste unsere Friedenskommission bereits nach Versailles, und seitdem „schwebt" diese Geldangelegenheit, weil Frankreich sie nicht zur Lösung kommen ließ.

Es fehlt allerdings nicht an Heißspornen im neuen Ministerium in Paris, die geradezu verlangen, Deutschland unter die völlige Vormundschaft der Entente zu stellen. Das ist böser Wille aber noch nicht schlimme Tat, darin haben auch andere Leute noch mit zu reden.

Wm.

Die neuen Steuerlasten.

Eine einmalige Zuwendung des Reiches an die Länder.

Im Steuerausschuß des Reichstages machte der Reichsfinanzminister Dr. Wirth Mitteilungen über die bei der letzten Konferenz der Landesfinanzminister ausgesprochenen Wünsche.

Danach soll in dem Gesetz, in dem die neuen Teuerungszulagen festgestellt werden, gesetzlich festgelegt werden, daß die Mehraufwendungen, welche den Ländern und Gemeinden aus der reichsgesetzlichen Beamtenaufbesserung erwachsen, vom Reiche bezahlt werden sollen. Eine solche Maßnahme wäre von ebenso großer Bedeutung, wie die steuer- und verwaltungsrechtliche Regelung des Steuerwesens durch die Nationalversammlung. Die Reichsregierung vertrete die Anschauung, daß den Ländern eine einmalige Zuwendung vom Reich gegeben werden solle, damit sie in den Stand gesetzt werden, die Aufbesserungen auszahlen zu können. Den Gemeinden Zuwendungen zu machen, würde ins Uferlose führen.

Neue Steuern. — Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren und der Eisenbahntarife.

Jedenfalls müßte der Reichstag zur Aufbringung weiterer Mittel erhebliche Steuerzugeständnisse machen. Vor Verabschiedung des Gesetzes über die erhöhten Beamten- und Staatsarbeiterbezüge müsse man sich mit der Frage der Einführung neuer Reichseinnahmen beschäftigen; bevor das Kabinett mit seinen Beratungen nicht zu Ende sei, könne er über die Steuerprojekte eine nähere Auskunft nicht geben. An Erhöhung bereits eingeführter oder auch neuer indirekter Steuern werde man kaum vorbeikommen. Auswärtige Momente spielten dabei hinein.

Ein Gesetz über die Erhöhung der Postgebühren werde demnächst vorgelegt; ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Fernsprechgebühren werde folgen. Im Hauptausschuß soll demnächst über die Erhöhung der Eisenbahntarife Mitteilung gemacht werden.

Bei der Novelle zum Einkommensteuergesetz werde man sich über die Höhe der Sätze, den Lohnabzug und anderes zu unterhalten haben. Eine Fristverlängerung über den 31. Januar 1921 hinaus für die Anmeldung von Kriegsanleihen zur Bezahlung des Reichsnotopfers könne er nicht zusagen.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Verteuerung des Personen- und Güterverkehrs.

Die bedenkliche Lage der Eisenbahnfinanzen, die noch ganz erheblich durch die letzten Gehaltserhöhungen verschlechtert worden ist, wirft neuer dunkle Schatten auf die Kosten des heutigen Verkehrs. Abgesehen von Vielverdienern, Schiebern und Schmarotzern, ist wohl heute niemand mehr ohne große wirtschaftliche Opfer in der Lage, eine größere Reise zu unternehmen, und in der Tat ist bahnamtlich festgestellt worden, daß sich ganz besonders im vergangenen Jahre ein empfindlicher Verkehrsrückgang bemerkbar machte. Die Personen- und Gütertarife bleiben aber für die Deckung des großen Eisenbahndefizits die bedeutendsten Einnahmequellen, und so können wir in nächster Zeit wieder einmal mit einer Erhöhung der Tarife rechnen.

Im Personenverkehr sollen die Fahrpreise für kurze Strecken bedeutend verteuert werden, während die Preise für große Strecken nur „mäßig" erhöht werden sollen. Warum gerade die Nahstrecken bedeutend verteuert werden sollen, ist nicht recht einzusehen; denn es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade diese Strecken von der erwerbstätigen Bevölkerung in viel höherem Maße in Anspruch genommen werden, als die weiteren Strecken. Arbeiter und Angestellte müssen sich oft dieser kurzen Strecken bedienen, um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen, und sie würden durch die neuen Absichten der Eisenbahnverwaltung ganz besonders geschädigt. Hier wäre es schon das kleinere Uebel, die längeren Strecken zu verteuern, während man dabei jedoch auch nicht verkennen darf, daß dies eine nicht allzu günstige Folge für den Innenhandel haben würde. Luxusreisen sollten jedenfalls schärfstens erfaßt werden; in welcher Weise, muß der Initiative des Reichsverkehrsministers überlassen bleiben.

Der Gütertarif soll, wie verlautet, um das Doppelte der gegenwärtigen Sätze erhöht werden. Diese Erhöhung soll sich an die im Dezember 1920 eingeleitete Reform des Gütertarifs anschließen. Die verschiedenen Güterarten und Wagenladungsklassen sollen je nach ihrem Wert höher belastet werden. Dadurch soll vermieden werden, daß gewisse für die deutsche Volkswirtschaft ungeheuer wichtige Waren, wie z. B. künstlicher Dünger, nicht zu stark verteuert werden. Zugestanden, daß dieses Verfahren der gesunden Logik am weitesten entgegenkommt, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß mit der Erhöhung des Gütertarifs unbedingt auch eine allgemeine Erhöhung der Warenpreise verbunden ist.

So gehören die Erhöhungen im Personen- und Güterverkehr auf den deutschen Reichsbahnen zu der endlosen Schraube, die Lohnerhöhungen und Bedarfsmittelverteuerungen bringt. Diese Schraube, der Ruin der deutschen Volkswirtschaft, kann nur abgestellt werden durch eine vernünftigere, bedeutend sparsamere Reichsfinanzwirtschaft und durch Entgegenkommen der Entente in wirtschaftlichen Fragen, in denen sie sich stets so unerbittlich zeigt.

Tü.

Das Unrecht gegen Oberschlesien.

Deutscher Protest gegen die Abstimmungsordnung.

Gegen das von der Interalliierten Kommission für Oberschlesien erlassene Abstimmungsreglement hat die deutsche Regierung in einer Note an die Botschafterkonferenz und an die alliierten Großmächte eingehend begründeten Einspruch erhoben.

Die Note stellt zunächst fest, daß einmal die Abstimmungsordnung dem deutschen Bevollmächtigten erst fünf Tage nach ihrer Veröffentlichung zugestellt worden ist, und ferner, daß bei der Ausarbeitung des Reglements weder die deutschen Abstimmungsbehörden und -Organisationen, noch der offizielle deutsch-polnische paritätische Beirat zugezogen wurde, während die Polen Gelegenheit bekamen, ihre Wünsche zu äußern.

Die deutsche Regierung erhebt gegen das Abstimmungsreglement Einspruch, weil es 1. unmittelbare Verletzungen des Friedensvertrages, 2. unbillige, einseitig gegen die Deutschen gerichtete Härten und 3. technisch undurchführbare Bestimmungen enthält.

Zur Lage.

÷ **Briand beim deutschen Botschafter.** Am 18. d. Mts., abends, hat der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris aufgesucht und mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die der Reparation besprochen. Der Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, daß Deutschland bisher immer daran festgehalten habe, daß seine Gesamtschuld festgesetzt werden müsse; dies hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Anleihe gelangen könne; wenn man eine Lösung nur für etwa fünf Jahre treffe, so sei dies insofern mißlich, als das deutsche Volk dann noch immer kein Ende absehe und fürchten würde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe die deutsche Regierung sich auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, die in Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden sind, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems zunächst nur auf eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich der Kohlenlieferungen mehr als einen Teil der von uns verlangten Summe und anders als in Natura zu leisten. Ministerpräsident Briand gab darauf seiner Hoffnung Ausdruck, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

÷ **Die Deutschen im Ostgebiet,** das 1920 an Polen abgetreten wurde, rühren sich energisch. In Warschau steht es schlecht, aber das ganze polnische Reich würde Hunger leiden, wenn die Deutschen in Posen und Pommerellen nicht aushelfen würden. Dank dafür haben sie nicht geerntet, und so ist es nicht zu verwundern, wenn ihnen die Geduld reißt, und sie energisch als Recht fordern, was man ihnen als Wunsch nicht erfüllt hat. Das ist selbständige Verwaltung für die einstigen deutschen Bezirke, Respektierung der deutschen Eigenart und der deutschen Sprache. Es ist unseren Landsleuten zu wünschen, daß sie durchsetzen, was sie beanspruchen können.

° Berlin. Der Reichsrat nahm die Regierungsvorlage über die Erhöhungen der Teuerungszulage der Beamten an, forderte aber gleichzeitig einen Reichszuschuß an die Länder und Gemeinden zur Bestreitung der diesen dadurch erwachsenden Mehrkosten.

° Berlin. Der erweiterte Vorstand des deutschen Eisenbahner-Verbandes hat dem Sechzehnerausschuß einstimmig ein Vertrauensvotum ausgestellt. In einer weiteren Entschließung wendet er sich gegen die Moskauer Gewerkschaftszersplitterer.

° Berlin. Zum Nachfolger Karl Legiens wurde der bisherige Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Theodor Leipart (Soz.), zum vorläufigen Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt.

° Berlin. Der sowjetrussische Vertreter in Berlin, Viktor Kopp, ist nach Moskau gereist. Man behauptet, er sei von seinem Posten abberufen, doch wird dies von der „Roten Fahne" abgeleugnet.

° Bautzen. Eine Versammlung der Wenden in Hoyerswerda sprach sich für den Anschluß der Wenden an das Zentrum aus.

÷ Italien. In Livorno hat der Kongreß der italienischen Sozialisten begonnen, der möglicherweise auch in Italien zur Spaltung der Sozialisten in Moskaufreunde und Moskaugegner führen wird.

÷ Türkei. In Konstantinopel kam es zu heftigen Kämpfen zwischen meuternden Wrangeltruppen und französischen Truppen.

* Schiffsunglück in der Nordsee. Der Kieler Schleppdampfer „Nordstern" mit zwei leeren Schuten von Rotterdam nach Kiel bestimmt, ist bei schwerem Südweststurm auf Groß-Vogelsand bei Cuxhaven gestrandet und so als verloren anzusehen. Der Mast und der Schornstein ragen noch aus dem Wasser hervor. Hilfe konnte nicht gebracht werden, da man an das Schiff nicht gelangen konnte. Von der Besatzung des Schleppdampfers sind der Kapitän und 4 Mann ertrunken, nur der 65 Jahre alte Koch, der sich über 18 Stunden am oberen Teil des Schornsteins festgehalten hatte, ist gerettet worden. Von den Schuten ist nur eine geborgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119210122-15/fragment/page=0001

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 21. Januar 1921.

Wieviel wird vom Reichsnotopfer bezahlt werden? Die Zahlungen auf das Reichsnotopfer laufen nach wie vor recht spärlich im Verhältnis zu den Milliarden, die dabei herauskommen sollen, ein. Nicht aus bösem Willen, sondern weil das Leben so teuer ist. Es heißt heute auch schon mit großer Bestimmtheit, daß die Veranlagungssumme kaum die Hälfte von dem ergeben wird, was bei der Genehmigung des Gesetzes im Reichstag erwartete wurde, also statt 50—60 nur 25 bis 30 Milliarden Mark. Die Hauptschuld daran tragen die Riesenschiebungen nach dem Auslande. Ob dies halbierte Reichsnotopfer nun in beschleunigtem Maße wirklich gezahlt wird, bleibt noch sehr abzuwarten, denn viele Zahlungspflichtige leben von der Hand in den Mund und können gar nicht daran denken, beschleunigt zu zahlen. Außerdem besteht immer noch die Möglichkeit von Absichten der Entente. Aus der Riesenaktion des Reichsnotopfers bleibt also vielleicht nur ein bescheidenes Sümmchen von etwa 5—10 Milliarden, das vor dem Kriege gewaltig erschien, heute aber nicht viel bedeuten will.

— **Die Zinsvergütung für Anzahlungen auf die Umsatzsteuer,** die bis zum 31. Januar 1921 eingehen, beträgt 6 Prozent. Spätere Anzahlungen werden mit 5 Prozent vom Tage der Einzahlung ab vergütet.

— **Betrifft: Einreichung der Umsatzsteuererklärungen für das Kalenderjahr 1920.** Bis zum 31. Januar 1921 sind von allen selbstständigen Gewerbetreibenden, Landwirten sowie den Angehörigen der freien Berufe, wie Rechtsanwälten, Aerzten, Zahnärzten, Schriftstellern, Musiklehrern, Tanzlehrern, Hebammen usw. die Umsatzsteuererklärungen über die im Kalenderjahr 1920 erzielten Umsätze beim Finanzamt einzureichen. Wer die Erklärungen nicht rechtzeitig einreicht, hat außer der Steuer einen Zuschlag bis zu 10 Proz. der Steuer zu zahlen, auch kann die Einreichung der Erklärungen durch erforderlichenfalls zu wiederholende Ordnungsstrafen bis zu je 500 Mk. erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Auch die kleinsten Betriebe sind steuerpflichtig, eine Steuerbefreiung für Betriebe mit nicht mehr als 3000 Mk. Umsatz besteht nach dem Umsatzsteuergesetz vom 24. Dez. 1919 nicht mehr. Zur Einreichung der Erklärungen sind Vordrucke zu verwenden. Diese können von jedem Steuerpflichtigen beim Weißenfelser Finanzamt, Friedrichstr. 23 I Zimmer 20 kostenlos entnommen werden. Die Umsatzsteuererklärungen für den Landkreis sind von den Steuerpflichtigen auszufüllen und beim Gemeindevorsteher abzugeben, der die Erklärungen gesammelt bis 31. 1. 1921 beim Finanzamt einreicht.

— **Gewerbesteuerausschuß-Wahl.** Zu dem am 11. d. Mts. anberaumt gewesenen Termin zur Vornahme der Neuwahl der Mitglieder und Stellvertreter für den Steuerausschuß der Gewerbesteuerklasse IV des Landkreises Weißenfels waren Wähler nicht erschienen. Es findet deshalb am Sonnabend, den 22. d. Mts., 9 Uhr vorm. in Weißenfels, im Finanzamt, 1 Treppe, Zimmer Nr. 4 ein neuer Termin statt. Minderjährige und Frauen können die Wahlbefugnis durch Bevollmächtigte ausüben. Die zur Wahl Erscheinenden haben sich durch Vorzeigen der Gewerbesteuer-Veranlagungszuschrift für das Steuerjahr 1920 oder durch anwesende Wahlberechtigte zu legitimieren.

— **Fußballsport.** Vergangenen Sonntag weilte die 1. Elf der hiesigen Sportverg. in Naumburg, um das Verbandsspiel gegen die dortige 1. Gaumannschaft der Sportverg. 05 auszutragen. Trotzdem die Mannschaft mit nur 10 Mann, darunter 2 Ersatzleuten, antrat, erreichten sie doch ein Resultat von 3 : 3. Die 2. Elf spielte im Verbandsspiel gegen die 2. des Sportvereins Aue-Zeitz. Auch diese konnte sich 2 Punkte sichern, indem sie einen 3 : 1 Sieg errang. Die 4. Elf spielte gegen die 5 der Sportvereinigung Zeitz mit großem Erfolg, das Spiel endete mit 8 : 0. Auf hiesigem Sportplatz hatte Teuchern 1. Jug. die 2. Jug. des „Z. B. C." als Gast, die hiesigen mußten ihren Gästen den Sieg (2 : 1) überlassen. Kommenden Sonntag fährt die 1. Elf abermals zum Verbandsspiel nach Naumburg, um gegen den „Neuen Naumburger Ballspielklub" zu spielen. Abfahrt früh 7.35 Uhr.

Leipzig, 19. Januar. Die Aktiengesellschaft Weltpalast Leipzig ersucht die städtischen Behörden um die Genehmigung zur Errichtung eines Riesenmeßpalastes auf dem Gelände zwischen Neuem Theater und Hauptbahnhof. Die Fläche umfaßt 3250 Quadratmeter und kostet 30 Millionen Mk. Der Meßpalast soll etwa 2000 Ausstellern, 1000 Geschäftsläden, 4000 Büroräumen, 2000 Hotel- und Badezimmern, rund 12 000 Quadratmetern Vergnügungsterassen und je 2 Börsen-, Konferenz-, Kino- und Fest-Sälen, komfortablen riesigen Garagen und Warenspeichern Raum bieten. Die Baufläche wird mit 30 zehnstöckigen Häusern mit rund 200 000 Quadratmetern Ausstellungsräumen und etwa 500 000 Quadratmetern Bodenfläche bebaut werden.

Genthin, 20. Jan. (Raubmord.) Auf der Chaussee von Genthin nach Roßdorf wurde in den Abendstunden der aus Roßdorf stammende Gastwirt Schulze mit seinem Sohne von Wegelagerern überfallen. Der Sohn wurde durch einen Kopfschuß getötet. Dem Vater nahmen die Räuber seine gesamte Barschaft ab. Die Täter sind entkommen.

Göschwitz, 20. Jan. (Ein seltsamer Fall.) Zwischen Göschwitz und Maua fanden Bahnarbeiter auf der Bahnstrecke zwei verstümmelte Leichen, in denen der 15jährige Sohn des Rangiermeisters Otto von hier und die 13jährige Waise Hedwig Schmeißer aus Rudersdorf erkannt wurden. Beide sollen ein Liebesverhältnis unterhalten haben.

Löbejün bei Halle a. S., 20. Jan. Beim Ausdreschen von Weizen und Hafer, welcher in der Löbejüner Feldmark geerntetet wurde, ist bereits zum vierten Male eine Explosion erfolgt, welche von Sprengkapseln herrührt, wie sie im Steinkohlenwerk Plötz verwendet wurden. Die Kapseln sind von Felddieben in die Garben hineingesteckt worden, auch sind Sprengkapseln in der Ernte auf dem Acker gefunden worden. Die Gefahr, die für die Arbeiter besteht, ist außerordentlich groß. Auch können durch die Sprengkapseln die Garbenhaufen in Brand geraten.

Worbis, 18. Jan. (Eine Unverheiratetensteuer.) Magistrat und Stadtverordnete haben beschlossen, eine Unverheiratetensteuer einzuführen. Die Steuer soll von allen Unverheirateten beiderlei Geschlechts erhoben werden, die das 30. Lebensjahr vollendet haben. Sie ist nach dem Einkommen gestaffelt und beträgt von 6 bis 8000 Mk. 100 Mk., 8—10 000 Mk. 200 Mk., 10—15 000 Mk. 400 Mk., 15 bis 20 000 Mk. 750 Mk., 20—25 000 Mk. 1000 Mk., über 25 000 Mk. 1500 Mk. jährlich.

Stürmisches Wetter.

Greiz, 19. Jan. Ein schweres Unwetter, wie es seit Jahrzehnten nicht erlebt worden ist, hat gestern in den Abendstunden das Vogtland heimgesucht. In der Greizer Gegend sind in den Wäldern durch den Orkan schwere Baumschäden angerichtet worden. Die wolkenbruchartigen Regengüsse gingen in der Nacht bei sinkender Temperatur in Schneefall über.

Karlsruhe, 19. Januar. In Süddeutschland tobten gestern orkanartige Stürme, die zum Teil erhebliche Schäden anrichteten. Die Telephon- u. Telegraphenleitungen zwischen Baden und Württemberg, sowie nach Mittel- und Norddeutschland sind teilweise gestört. Im Schwarzwald fiel in den oberen Lagen über ein halb Meter Neuschnee: Durch die Schneestürme wurde in den Wäldern empfindlicher Baumschaden angerichtet.

Kranichfeld, 17. Januar. Wegen Lebensmittelfälschung wurde vom Schöffengericht zu Saalfeld der Fabrikant Geßler aus Kranichfeld zu 3000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hatte unter der Bezeichnung „Feinste Thüringer Leberwurst" ein Produkt in den Handel gebracht, das mit Hilfe von Auslandsfleisch hergestellt war und nach verschiedenen eingeholten Gutachten 60 bis 70 Prozent Wassergehalt und nur 7 Prozent Fett enthielt.

Vermischtes.

Legiens Nachfolger.

Die zurzeit in Berlin tagende Vorstandskonferenz der Gewerkschaften wählte gestern den früheren württembergischen Arbeitsminister und Leiter des Holzarbeiterverbandes Theodor Leipart an Stelle des verstorbenen Legien zum Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Fallen der Preise für Genußmittel.

Hamburg, 19. Jan. In Hamburg sind die Großhandelspreise für die Genußmittel stark im Fallen begriffen, besonders für Kaffee, Kakao und hauptsächlich für Reis.

Vor einer neuen Erhöhung des Brief- u. Paketportos.

Das Reichskabinett hat, wie die „B. Z. am Mittag" hört, die Gesetzesvorlage über die Erhöhung des Brief und Paketportos bereits verabschiedet; die Vorlage geht nunmehr dem Reichsrat und sodann dem Reichstag zu. Die neuen Portosätze dürften gegenüber den bisher geltenden um 50 bis 100 Prozent erhöht werden.

21 **Eine „Räuberbande" unschädlich gemacht.** Eine köpfige Räuberbande, die insgesamt 46 Diebstähle ausgeführt hat, ist von der Strafkammer in Naumburg zu Strafen von 1 Jahr 6 Mon. Gefängnis bis zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Räuber hatten es hauptsächlich auf Schweine, Ziegen, Kaninchen und Geflügel abgesehen.

Um die Entschädigung.

Ewige Unsicherheit oder eine feste Entschädigungssumme?

Der Schwerpunkt der Verhandlungen über die Entschädigungen, oder wie die deutsche Regierung irreführend sagt, „Wiedergutmachung", hat sich immer mehr von Brüssel nach Paris verschoben. Staatssekretär Bergmann war sofort nach der Unterbrechung der Brüsseler Konferenz nach Paris gefahren, um dort die Verhandlungen fortzusetzen. Hier in Paris fanden sich im Laufe des Monats Januar auch die hauptsächlichsten anderen deutschen und Ententesachverständigen ein, und es wurde eifrig hin und her verhandelt. Handelte es sich doch hier darum, dem demnächst zusammentretenden Obersten Rat die Unterlagen für seine endgültigen Entscheidungen zu liefern. Die später fortzusetzende Brüsseler Konferenz wird also nur noch technische Einzelheiten auf Grund der vom Obersten Rat getroffenen Entscheidung zu regeln haben, wenn sie nicht durch diese ganz gegenstandslos wird. Von viel größerer Bedeutung als die Brüsseler Konferenz sind also für die Entschädigungsfrage, die das ganze deutsche Volk dringend angeht, weil wir alle die Entschädigung aufbringen müssen und von der Art ihrer Lösung die weitere wirtschaftliche Existenz- und Wiederaufbaumöglichkeit Deutschlands abhängt, die Verhandlungen, die Staatssekretär Bergmann im Namen des Reiches gegenwärtig in Paris pflegt.

Um so unverständlicher und bedauerlicher ist daher die Art, wie die deutsche Oeffentlichkeit von den deutschen amtlichen Stellen über diese für das ganze Volk so überaus wichtigen Vorgänge — gibt es für uns denn überhaupt wichtigere? — und Verhandlungen unterrichtet oder vielmehr im Unklaren gehalten wird. Wissen wir doch fast alles, was wir wissen, nur durch Aeußerungen der Ententeregierungen und der Ententepresse. Diese Heimlichtuerei erweckt, ob man will oder nicht, den Eindruck, als ob man vor dem Volke etwas vertuschen will oder eine berechtigte Kritik mit oder ohne Grund scheut. Kein Verfahren ist falscher als dieses, denn gerade in dieser Frage ist nur eine Regierung arbeits- und verhandlungsfähig, die das ganze deutsche Volk oder wenigstens eine starke Mehrheit als verläßliche Stütze hinter sich hat.

Die Nachrichten, die neuerdings aus Paris über den Fortgang der Entschädigungsverhandlungen kommen, sind allerdings geeignet, uns zu beunruhigen, und wir müssen daher um so energischer von der Regierung verlangen, daß sie vor ihrem Volke die Karten aufdeckt. Staatssekretär Bergmann war nämlich von Paris mit folgendem festen französischen Vorschlag nach Berlin gekommen:

> Die endgültige Festsetzung der deutschen Schadenzahlung solle vorläufig vertagt werden. Deutschland solle einwilligen, vorläufig fünf Jahre lang je drei Milliarden Goldmark in Rohstoffen (Kohlen, Farben) oder Waren zu zahlen.

Darauf soll er nach dem „Temps" folgende Antwort nach Paris zurückgebracht haben:

> Deutschland sei unter gewissen Bedingungen grundsätzlich bereit, auf der französischen Basis zu verhandeln, wolle sich aber nicht verpflichten, drei Milliarden Goldmark zu zahlen, jedoch schlage es offiziell keine andere Summe vor. Die deutsche Regierung gab zu erkennen, daß sie ein anderes Verfahren vorziehen würde, nämlich die Gesamtschuld festzusetzen.

Diese „Temps"-Meldung wird von den zuständigen Stellen nicht ausdrücklich dementiert, sondern W. T. B. weicht einer klaren Stellungnahme aus.

Der Standpunkt aller deutschen Fachleute und bisher auch der Regierung ging dahin, daß wir, um weiter zu kommen, wissen müßten, was wir schuldig sind. Ein geordneter Wirtschaftsbetrieb und Wiederaufbau Deutschlands ist unmöglich, wenn nicht seine Verpflichtungen in einer festen, endgültigen — und auch erfüllbaren — Summe so bald wie irgend möglich festgelegt sind. Solange diese Summe nicht feststeht, kann auch die deutsche Währung keine feste Form annehmen, wir würden in einer ständigen Unsicherheit schweben, die nicht nur für Deutschland, sondern auch, da Deutschland trotz allem immer noch das Herz des europäischen Kontinents ist, für ganz Europa ruinös sein würde. Diesen deutschen Standpunkt teilt auch das gesamte Ausland, das an Deutschlands Wiederaufbau geschäftlich interessiert ist, nicht zuletzt England und Amerika, selbst einsichtige französische Wirtschaftsfachleute.

Die französischen Politiker, die die Entschädigungssummen nicht festsetzen wollen, sondern zunächst eine Rate für die nächsten fünf Jahre und so weiter bis ins Unendliche vorschlagen, wollen bewußt diese Unsicherheit, um Deutschland für immer fest in der Hand zu haben und aussaugen zu können. Es wäre also unbegreiflich, wenn die deutsche Regierung sich bereit erklärt haben sollte, auf dieser Grundlage, die sie bisher mit Recht strikt abgelehnt hat, zu verhandeln.

Waldzauber.

Schluß. Novelle von Reinhold Ortmann.

„Ich sage dir doch, daß ich es nicht so ansehe. Auch ohne das, was heute im Walde geschehen ist, hätte es wohl so kommen müssen. Und nun wollen wir vorerst nicht weiter darüber reden. Ich möchte noch ein wenig ins Freie hinaus. Und du begiebst dich unterdessen zur Ruhe. Wenn jedes von uns rechtschaffen seine Pflicht tut, kommen wir schon wieder in das rechte Geleise."

Und wie vorhin Georg keinen Widerspruch gegen ihre Anordnungen gewagt hatte, so fügte sich jetzt auch Elfriede ihrem Willen. Beklommen lauschte sie, während sie sich entkleidete, auf das schwache Geräusch der vorsichtigen Tritte auf der Stiege, und verstohlen spähte sie zwischen den zusammengezogenen Fenstervorhängen hinaus, bis die Gestalt der Schwester zwischen den ersten Stämmen des nachtdunklen Waldes ihren Blicken entschwand. Der letzte Gedanke, mit dem sie entschlummerte, war ein Gelöbnis, der Schwester durch ein ganzes Leben voll demütiger Liebe zu vergelten, was sie an ihr getan.

Marianne aber hatte der Einsamkeit und der schweigsamen Stille des heimatlichen Waldes bedurft. Denn auch sie war mit ihrer Kraft zu Ende, und das arme gepeinigte Herz, das sie so lange mit schier übermenschlicher Anstrengung des Willens gemeistert, forderte seine Rechte.

Als sie weit genug vom Försterhause entfernt war, um keine Ueberraschung mehr fürchten zu müssen, sank sie am Wegrand auf das weiche Moos nieder und ließ den Tränen, mit denen sie ihr Lebensglück begrub, freien Lauf. Für sie gab es niemand, bei dem sie hätte Trost suchen können. Sie hatte keinen Freund und Vertrauten als den Wald, der seit den Tagen ihrer Kindheit ein Zeuge ihrer Freuden und Leiden gewesen.

Aber der Wald, der so tot und schweigsam ist für die, die seine Sprache nicht verstehen, ist ein wunderbarer Tröster für alle jene, denen sich einmal sein geheimnisvoller Zauber erschlossen. Leise flüsternd rauschten seine Wipfel über dem armen weinenden Menschenkinde, und sein würziger Odem kühlte schmeichelnd ihre tränennassen Wangen. Wohl verging eine lange Zeit, ehe seine linden Tröstungen Macht gewannen über ihre zuckende Seele. Aber als sich Marianne endlich wieder erhob, hatte sich der Sturm in ihrem Herzen gesänftigt. Ihre Tränen waren versiegt, und sie konnte ihre Schritte heimwärts lenken in der Gewißheit, daß ihr der Mut nicht fehlen würde, ihren freudlosen Weg ohne hadernde Verzweiflung und ohne bitteren Groll gegen die Glücklichen zu gehen. — — — — — — — —

Fast an der nämlichen Stelle, wo sie gelegen, standen am sonnigen Vormittag des nächsten Tages Georg Arnhold und Elfriede Hand in Hand, um einander Lebewohl zu sagen, da sie ihn auf seiner Heimkehr aus der Försterei nicht weiter als bis hierher hatte begleiten wollen. Die große Wendung in ihrem Geschick hatte sich heute ohne alle neuen Stürme und heftigen Auseinandersetzungen vollzogen. Wohl war der Förster seinem künftigen Schwiegerson heute ganz anders als sonst entgegengetreten, ernst und gemessen, ohne die joviale Herzlichkeit, die sonst seinem Benehmen gegen den jungen Arzt das Gepräge gegeben. Aber er hatte ihm keine Vorwürfe gemacht und ihm nicht Zeit zu langatmigen Erklärungen gelassen. Mit wenig knappen Worten hatte er alles abgetan.

„Da Marianne damit einverstanden ist, mag es geschehen. Aber ohne langen Brautstand und ohne viel zärtliches Gegirre hier im Forsthaus. Bis zur Hochzeit wirst du dich so selten als möglich hier blicken lassen — du verstehst wohl warum. Marianne sagt zwar, daß sie nichts gegen deinen Besuch einzuwenden hätte, aber du sollst es ihr nicht schwerer machen, ich meine, es wäre übergenug an dem, was sie für euch getan." —

Und nun, da all das Peinliche und Bedrückende hinter ihnen lag, nun feierten die beiden hier unter den Wipfeln gewissermaßen ihre Verlobung. Aber sie taten es nur in der Stille des Herzens und ohne die überschäumende Fröhlichkeit der beglückten Liebe. Schweigend standen sie Hand in Hand. Georg Arnhold blickte ernst, und an Elfriedes Wimpern zitterten Tränen. Daß sie sie mit dem Herzeleid eines anderen hochsinnigen Wesens hatten erkaufen müssen, warf einen zu schweren Schatten auf ihre junge Seligkeit. Und es war ihnen als würden sie nimmer ohne einen herben Beigeschmack ihre Wonne auskosten können.

Die alten Baumwipfel aber zu ihren Häupten hätten sie eines Besseren belehren können. Sie, die unter ihrem Schatten in jedem neuen Lenz die zauberkräftige Allgewalt der Liebe vieltausendfältig ihre Wunder verrichten sahen, sie mochten es wohl wissen, wie alles Irdische in Nichts versinkt, wenn jene heiligen Flammen emporlodern, die zwei lebendige Wesen zusammenschmelzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119210122-15/fragment/page=0002
DFG

* **München besinnt sich wieder auf sich selbst.** Zum vorigen Herbst ist in der bayerischen Hauptstadt zum ersten Male wieder das Oktoberfest in zeitgemäßer Form gefeiert worden, nachdem schon im Sommer vorher zuerst in Deutschland wieder Bockbier gebraut und zu 1,60 M. pro Liter verzapft worden war. In diesem Winter soll nun der Karneval wieder gefeiert werden und dabei auch der althistorische Schäfflertanz (Böttchertanz) zur Aufführung gelangen. An Zulauf wird es nicht fehlen.

* **Verhaftung französischer Werber.** Wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, wurde in Heidelberg ein Tischler aus Frankfurt verhaftet, der der Werbetätigkeit für die Fremdenlegion überführt werden konnte. Ein zweiter Werber der Fremdenlegion, ein Koch aus dem Elsaß, der Werbegelder von 25 000 M. bei sich trug, wurde in der Nacht zum Sonntag in Frankfurt festgenommen.

ⓓ **Der zweibeinige und der vierbeinige Hamster.** Eine Entschuldigung, die zum wenigsten den Anspruch auf Originalität machen kann, brachte vor dem Charlottenburger Wuchergericht der Bauunternehmer August L. vor. Er war beschuldigt, 154 Pfund Mehl auf dem Wege des Schleichhandels gehamstert zu haben. Nach den Angaben des L. dagegen hatten seine Kinder, als sie auf dem Lande in der Sommerfrische waren, auf Hamster (auf die vierbeinigen) Jagd gemacht. Waren sie auf einen Hamsterbau gestoßen, so wurden die Hamster selbst ausgegraben, während das in ihrem Bau aufgespeicherte Getreide von den Knaben gesammelt wurde. Dieses Getreide will L. dann zum Mahlen gegeben haben, um das daraus gewonnene Mehl für seine Kinder und Ziegen zu verwenden. Auf diese Weise hätte er durch die Ausplünderung der Hamsterbaue seine 154 Pfund Mehl zusammengehamstert. Unter allgemeiner Heiterkeit wurde der zweibeinige Hamster trotz seiner Berufung auf die vierbeinigen Hamster zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, weil das Gericht glaubte, daß eine solche Menge von den paar Hamstertieren nicht zusammengehamstert worden sein könnte.

Betrifft: **Auslegung der Wählerlisten.**

Gemäß Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 7 Januar ds. Js. sind die Wählerlisten für die Wahlen zum Preußischen Landtag, zum Provinziallandtag und zum Kreistag vom Sonntag, den 23. Januar ds. Js. bis Sonntag, den 30. Januar ds. Js. einschließlich öffentlich auszulegen. Die Herren Gemeinde- und Guts-Vorsteher ersuche ich hiernach die Wählerlisten während der angegebenen Zeit zu jedermanns Einsicht auszulegen u. dies sofort, **vor der Auslegung der Listen unter Angabe der Tagesstunden und des Lokals**, in welchem die Auslegung stattfindet, in ortsüblicher Weise bekannt zu machen mit dem Bemerken, daß derjenige, der die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist unter Beifügung der Beweismittel für seine Behauptungen, falls ihre Richtigkeit nicht offenkundig ist, bei dem Gemeinde- Guts-Vorstande schriftlich anzuzeigen oder zur Niederschrift geben kann. Wird der Einspruch auf Grund offenkundiger Tatsachen oder der beigebrachten Beweismittel vom Gemeinde- Guts-Vorsteher sofort für begründet erachtet, so wird die Wählerliste berichtigt und dem Antragsteller hiervon Mitteilung gemacht. Wird der Einspruch nicht für begründet erachtet, so haben die Ortsbehörden des platten Landes ihn mir unter Anschluß der Beweismittel **sofort** vorzulegen, da über ihn binnen 14 Tagen nach Ablauf der Auslegungsfrist von mir entschieden und die Entscheidung den Beteiligten bekannt gegeben sein muß. In den Städten entscheidet über die Einsprüche der Magistrat.

Nach dem Beginn der Auslegung dürfen Aenderungen der Wählerliste nur in der Form der Berichtigung vorgenommen werden. Im Falle einer Berichtigung der Wählerliste sind die Gründe der Streichung in Spalte „Bemerkungen" anzugeben. Ergänzungen sind im Nachtrag in die Wählerliste aufzunehmen. Etwaige Belege sind der Wählerliste beizufügen. Nach Ablauf der Auslegungsfrist können Wähler nur in Erledigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche in die Wählerliste aufgenommen oder darin gestrichen werden.

Wegen des Abschlusses der Wählerliste ergeht demnächst weitere Bekanntmachung.

Weißenfels, den 18 Januar 1921.

Der Landrat. Zimmermann.

Bekanntmachung

über die Unterscheidung der Stimmzettel für die auf den 20. Februar 1921 anberaumten Wahlen zum Preußischen Landtag, zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen.

Auf Grund des § 25 des Gesetzes über die Wahlen zum Preußischen Landtag (Landeswahlgesetz) vom 3. Dezember 1920 (G. S. S. 599) und des § 9 Ziffer 5 des Gesetzes, betr. die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen vom 3. Dezember 1920 (G. S. 1921 S. 1) ordne ich an, daß die **Stimmzettel** für die Landtagswahlen durch die Aufschrift „Landtagswahl", die Stimmzettel für die Wahlen zu den Provinziallandtagen durch die Aufschrift „Provinziallandtagswahl" und die Stimmzettel für die Wahlen zu den Kreistagen durch die Aufschrift „Kreistagswahl" kenntlich zu machen sind.

Die Aufschrift soll am oberen Rande der Stimmzettel angebracht werden.

Berlin, den 7. Januar 1921.

Der Minister des Innern. Severing.

Veröffentlicht.

Weißenfels, den 18. Januar 1921.

Der Landrat. Zimmermann.

Betr. Wahlen zum Preußischen Landtag, zum Provinziallandtag und zum Kreistag.

Die Wählerlisten für die Wahlen zum Preußischen Landtag, Provinziallandtag und Kreistag liegen vom 23. **bis einschließlich 30. Januar ds. Js** im Stadtsekretariat (Rathaus) **während** der Dienststunden **von 9—12 Uhr vormittags** zu **jedermanns** Einsicht **aus.** Wer die Wählerlisten für unrichtig **und unvollständig hält, kann dies bis zum** Ablauf **der** Auslegungsfrist **unter Beifügung der** Beweismittel **für seine Behauptungen, falls ihre Richtigkeit nicht offenkundig ist, schriftlich bei uns anbringen oder zu Protokoll geben.**

Teuchern, den 20. Januar 1921.

Der Magistrat. Schilken.

Betrifft: **Kreistagswahlen.**

Zur Durchführung der Kreistagswahlen im Landkreise Weißenfels hat der Kreisausschuß auf Grund des Gesetzes, betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, vom 3. Dezember 1920 (G. S. 1921 S. 1) in seiner gestrigen Sitzung folgendes beschlossen:

1. Die Zahl der im hiesigen Landkreise zu wählenden Kreistags-Abgeordneten wird unter Zugrundelegung der Bevölkerungsziffer des Kreises nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919, die 79 363 betrug, auf 26 festgesetzt.
2. Zum Wahlkommissar wird der Landrat Zimmermann, zu seinem Stellvertreter der Kreisdeputierte Schmidt ernannt.
3. Die Wahlvorschläge sind spätestens am 6. Februar ds. Js. beim Wahlkommissar einzureichen.
4. Die Beisitzer des Wahlausschusses erhalten Reisekosten und Tagegelder in gleicher Höhe wie die Mitglieder des Kreisausschusses und der Kreiskommissionen.
5. Die Wählerlisten sind wie für die Wahl zum Landtag und Provinziallandtag vom 23. Januar bis mindestens den 30. Januar ds. Js. einschließlich auszulegen, da gemäß Anordnung des Herrn Ministers die Kreistagswahlen in Verbindung mit den Wahlen zum Landtag und Provinziallandtag stattzufinden haben.

Weißenfels, den 18. Januar 1921.

Der Landrat. Zimmermann.

III. Nachtrag

zu der Hundesteuer-Ordnung der Stadt Teuchern vom 29. November 1898.

Einziger Paragraph.

Der § 1 der Hundesteuer-Ordnung erhält vom 1. Oktober 1920 ab folgende Fassung:

Für einen nicht mehr an der Mutter saugenden Hund wird eine jährliche Steuer von 45 Mk. in halbjährlichen Teilen und zwar in den ersten 14 Tagen eines jeden Halbjahres entrichtet. Das erste Halbjahr erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April bis 30. September.

Die Vorausentrichtung der Steuer für das ganze Jahr ist gestattet.

Teuchern, den 1. November 1920.

Der Magistrat. Schilken.

Die Stadtverordneten-Versammlung. Scharfenberg.

Vorstehender III. Nachtrag wird genehmigt.

Merseburg, den 3. Januar 1921.

Namens des Bezirks-Ausschusses.

Der Vorsitzende. In Vertretung. Dr. Loesener.

Brotmarken.

Die für die Zeit vom 27. Dezember 1920 bis 23. Januar 1921 ausgegebenen gelben Brotmarken mit schwarz aufgedrucktem **C** verlieren am 26 Januar 1921 ihre Gültigkeit. Nach diesem Tage dürfen die Bäcker und Mehlhändler diese Marken nicht mehr annehmen. Die Bäcker und Mehlhändler haben diese Marken bis spätestens 31. Januar 1921 bei der Getreide- und Mehlstelle abzuliefern. Nach diesem Tag wird für diese Marken **kein** Mehl mehr geliefert.

Weißenfels, den 18 Januar 1921.

Der Vorsitzende d. Kreisausschusses. **Zimmermann**, Landrat.

Lebensmittel.

Am **22. Januar 1921** kommt bei dem Handelsmann Hoferkorn **Quark** zum Preise von 1,05 für $1/2$ Pfd. zum Verkauf.

Teuchern, den 20. Januar 1921.

Der Magistrat. Schilken.

= Spareinlagen =

nimmt bei unbedingter Sicherheit und günstiger Verzinsung entgegen

Annahmestelle der Sparkasse des Landkreises Weissenfels

Näther.

Alle der 4. Gewerbesteuerklasse Angehörenden werden zu einer Besprechung über die am Sonnabend, den 22. Januar vormittag 9 Uhr in Weißenfels stattfindenden

Steuerausschuß-Wahlen

in E. Schulzes Restaurant hier heute Freitag abend 8 Uhr dringend eingeladen.

Mehrere Wähler.

Empfehle

ff. warme Wurst

sowie frische hausschlachtene Wurstwaren.

Otto Petzsch.

Möbelhaus Große, Leipzig, Liebigstr. 3, I Kein Laden! Ecke der Nürnberger Straße dicht am Bayrischen Bahnhof

verkauft komplette

Schlafzimmer-
Wohnzimmer-
Speisezimmer-
Küchen- . .

Einrichtungen

Gegen bequeme Teilzahlung!!

** Einzel-Möbel **

Direkter Versand nach jeder Station! Besichtigung unverbindlich * Bei Anfragen Rückporto! *

Achtung!

Die erkannte Person, welche gestern Abend im Gasthof zum Löwen meinen Ueberzieher mitgenommen hat bitte ich, selbigen Probsteistraße 11 abzuliefern.

Betrifft Provinziallandtagswahlen.

Die Neuwahl zum Provinziallandtagen der Provinz Sachsen wird am 20. Februar ds. Js. erfolgen. Auf Grund der §§ 6 und 9 des Gesetzes vom 3. Dezember 1920 über die Wahl zu den Provinziallandtagen (G. S. 1921 S. 1) hat der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen folgendes beschlossen:

1. Die Gesamtzahl von Provinziallandtagsabgeordneten wird für die Provinz Sachsen auf 110 festgesetzt;

2. Diese werden auf die Regierungsbezirke der Provinz wie folgt verteilt:

auf den Regierungsbezirk	Magdeburg	44	Abgeordnete,
„ „ „	Merseburg	47	„
„ „ „	Erfurt	19	„

3. Zum Provinzialwahlleiter wird bestellt der Landeshauptmann, Freiherr von Wilmowski, als dessen Stellvertreter Landesrat Geheimer Regierungsrat Skoniecki;

4. A. zu **Wahlkommissaren** werden ernannt:
 a in den **Landkreisen** die Landräte,
 b. „ „ **Stadtkreisen** „ Oberbürgermeister.
 B. Zu **Stellvertretern der Wahlkommissare** werden ernannt die gesetzlichen Stellvertreter der Landräte (Kreisdeputierte) bezw. Oberbürgermeister.

5. Die **Wahllisten** sind **vom 23. Januar ds. Js.** ab auszulegen;

6. Die **Wahlvorschläge sind spätestens am 6. Februar ds. Js. beim Wahlkommissar des Wahlkreises einzureichen;**

7. Die Beisitzer des Wahlausschusses erhalten, soweit sie außerhalb **ihres** Wohnortes tätig sind, auf Antrag Reisekosten und Tagegelder in Höhe der baren Auslagen für die Fahrt und in Höhe des entgangenen Arbeitsverdienstes.

Merseburg, den 11. Januar 1921.

Der Landeshauptmann der Provinz Sachsen.

von Wilmowski.

Veröffentlicht.

Weißenfels, den 18. Januar 1921.

Der Landrat. Zimmermann.

Zeitzer Vieh-versicherungsverein

(Gegründet 1860.)

Versicherungs-Summe: 17 512 560.— Mk.
Gezahlte Verluste: 4 341 515.— Mark
Sicherheitskapital: 300 558.— Mk.

Der Vorstand des Vereins hat die Verluste im III. Vierteljahr 1920 nach eingehender Prüfung wie folgt anerkannt:
bei Pferden 104 900,— Mk.
bei Rindern 38810,— Mk.
bei Schweinen 46 900,— Mk.

Zur Deckung dieser Verluste ist die Einziehung eines Beitrages von
1 Pfg. für die Versicherungs-Mark bei Pferden,
$1 1/2$ Pfg. für die Versicherungs-Mark bei Rindern,
3 Pfg. für die Versicherungs-Mark bei Schweinen
beschlossen worden.

Die Mitglieder werden zur Zahlung dieser Beiträge innerhalb 14 Tagen veranlaßt.

Anträge auf Neuversicherung von Pferden, Rindern, Eseln, Ziegen, Schafen und Schweinen werden unter den günstigsten Bedingungen von der unterzeichneten Direktion und den bekannten Vertreterstellen jederzeit gern entgegengenommen und hierzu die gewünschte Auskunft gern erteilt. Die Versicherung der zu erwartenden Fohlen bringen wir unseren Mitgliedern in Erinnerung.

Zeitz, den 15. Jan. 1921.

Zeitzer Vieh-Versicherungs-Verein

Der Direktor **M. Panzer.**

Die Mitglieder werden zur Zahlung der betr. Prämie spätestens **bis incl. 31. Jan.** hiermit ergebenst veranlaßt. Nach Ablauf der Frist müssen die Quittungen durch den Boten gegen Erstattung des üblichen Botenlohnes dem Betreffenden übersandt werden.

Teuchern, den 15. Jan. 1921.

J. V.: **H. Pohle.**

Zwei rasseecht

Foxterrier

zu verkaufen

Max Schmidt, Bahnstraße 6

Noch nicht getragener blauer

Cheviot-Anzug

(Maßarbeit) Friedensware mittlere Figur, ist zu verkaufen

Oberwerschen 11.

---

ein fast neuer

Sportwagen

steht zu verkaufen, wo sagt die Exp. d. Blattes.

Kirchl. Nachrichten

am Sonntag Septuagesimä. (23 1. 21.) Kollekte für Samariterherberge in Harburg.

Teuchern: vormittag 10 Uhr Oberpfr. Plagemann. Von 11—1 Uhr Kirchenwahlen.

Gröben: Nachmittag $1 1/2$ Uhr Oberpfr. Plagemann. Von 2—3 Uhr Kirchenwahlen.

Schelkau: Vormittag 9 Uhr. Pfr. Leitzmann. Von 10 bis 11 Uhr Kirchenwahlen.

Unterwerschen; Von 2—3 Uhr Kirchenwahlen.

Arbeitsnachweis Teuchern.

Amtliche Meldestelle für alle offene Stellen.

Geschäftszeit: $8 1/2$ bis 1 Uhr.

Gesucht werden:

3 Mägde, 1 Schuhmachergeselle für Maßarbeit.

Stellen suchen:

4 Dienstmädchen nach Teuchern, 1 Arbeiterfamilie, 1 verheirateter Viehfütterer von auswärts, 1 Arbeiterfamilie, 1 Ostermädchen, 1 Tischlerlehrling, 1 Schneiderlehrling.

Sanit.-Kolonne v. Roten Kreuz.

Generalversammlung

Sonntag, d. 23. d. Mts. abends 8 Uhr in Burkhards Restaurant.

Tagesordnung:
Rechnungslage.
Wahl eines Zeugverwalters.
Geschäftliches.

Die Leitung.

Krieger-Verein „Prinz Friedrich Karl"

Sonntag, den 23. 1. nachm. 4 Uhr

General-Versammlung

bei Kamerad Burkhardt.

Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt nötig.

Der Vorstand.

Verein deutscher Schäferhunde

Ortsgruppe Teuchern.

Auf die am Sonntag, den 23. 1. 1921 nachm. 3 Uhr im „Gasthof zur Sonne" stattfindende

Jahres-Hauptversammlung

machen wir unsere Mitglieder aufmerksam und bitten um zahlreiches Erscheinen.

Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119210122-15/fragment/page=0003

Konditorei : und Café : Br. Billhardt

Fernsprecher 356.

Sonntag, den 23. Januar

von nachm. 4 Uhr

Künstler-Konzert

Vortragsvereinigung Teuchern.

Mittwoch den 26 Januar abends 8 Uhr im „Gasthof zum Löwen"

öffentlicher Vortrag.

Referent: **Dr. J. Georg Casperfohn, Moskau.**
Thema: Von Zar Nikolaus zu Lenin.
Freie Aussprache
Eintritt zur Unkostendeckung 50 Pfg.

Gasthof grüner Baum.

Sonntag, den 23. Januar
großer

Volksmaskenball

von nachm. 4 Uhr an **Ball.**
Einlaß der Masken 6 Uhr
Die zwei besten Damen- und Herrenmasken und der schneidigste Harlekin werden prämiiert. Die Preise sind bei Herrn Fischer, Zigarrengeschäft ausgestellt.
Hierzu ladet freundlichst ein
Gesellschaft Asklepia.

Restaurant Gröben

Sonnabend, d. 29 u. Sonntag, d. 30. Jan.

gr. Bockbierfest

Für gute Unterhaltung ist gesorgt.
Hierzu ladet freundlichst ein
A. Artt.

Achtung! Runthal Achtung!

Voranzeige.
grosser
Volks-maskenball
Sonntag, d. 30. Jan. 1921
Gustav Schmidt, Gastwirt.

Restaurant Runthal.

Sonntag, den 23. Januar

grosser Preisskat

wozu freundlichst einladet
Franz Hirsch, Runthal.
Küche und Keller.

Achtung! Runthal Achtung!

Sonntag den 23 Januar 1921

großer Nasenball

die größte Nase wird prämiiert. Außerdem Festpolonaise und Saalsport
Hierzu ladet die gesamte Einwohnerschaft von Gröben-Runthal ein
Die Spielabteilung des Arb.-Turnvereins Gröben-Runthal.

Capern,
getrocknete Steinpilze,
geräucherten Lachs,
Oelsardinen,
Heringe in Gelee
empfiehlt
Ferd Gresse.

Schaftstiefel
Arbeitsstiefel
Holzschuhe
Holzpantoffeln
in allen Grössen
Salamander = Schuhhaus
Rud. Ziegler Nachf.

Der Feinschmecker bevorzugt stets

Felsche

Schokolade Kakao

Alleinverkauf **Bruno Billhardt.**

Zum Pfannkuchenbacken empfehle ich:

Ia Palmin
Ia helles Speise-Öl
feinstes Pflaumenmus
Rob. Näther.

Grundstück

mit Wohnung und Laden im Zentrum zu kaufen, evtl. zu pachten gesucht. Offerten erbeten an **Herm. Wittig,** Meuselwitz, S. A. Poststr. 6.

Rangoon-Vollreis

a Pfund 4,40
empfiehlt
Ferd. Gresse.

Majoran

zum Schlachten empfiehlt
G. Lantzsch.

Eine tragende
Ziege

steht zu verkaufen
Weißefelserstr. 16.

Schwarzbrauner
Hund

auf den Namen „Lux" hörend entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben bei
Max Kolbe,
Mühle Gröben.

Gute
Stiefelschmiere

eingetroffen bei
L. Busch.

Suche für 1. Februar ein nicht zu junges

Mädchen

aus guter Familie, das kochen kann, als Stütze
Frau Geheimrat Hacker, Teuchern.

Eine Frau

zum Federnschließen aufs Land gesucht. Zuschriften in d. Exp. dieses Blattes.

Dank.

Für die zahlreichen Beweise der liebevollen Teilnahme beim Begräbnis unserer viel zu früh dahingeschiedenen kleinen, lieben

Gertrud

können wir es nicht unterlassen unsern herzlichsten Dank auszusprechen. Insbesondere Dank für die Kranz- und Geldspende und den werten Paten für das schöne Sterbekleid und denen, die sie zur letzten Ruhe trugen.

Im Namen der Hinterbliebenen
Fam. Emil Mitschass
Runthal.

Achtung! Sportplatz am Bahnhof.

Sonntag, den 23. Januar

Verbandswettspiele

vormittags 10 Uhr:
Zeitzer Ballspielklub V.
Sportvereinigung Teuchern IV.
nachmittags 1½ Uhr
Zeitzer Ballspielklub I. Schülermannschaft
Sportvereinigung Teuchern III.
Schiedsrichter Trebnitz

Sonntag, den 23. Januar nachmittags 3 Uhr findet im Gasthof zum grünen Baum eine

Freidenker-Versammlung

statt.

Tagesordnung:
Warum müssen wir aus der Landeskirche ausscheiden und unsere Kinder von Religion befreien.
Referent: Genosse **Beuthan, Weißenfels.**
Es werden hiermit alle diejenigen, von Teuchern und Umgegend, die aus der Landeskirche ausgeschieden sind, eingeladen

Der Einberufer.

Sonntag, den 23. Januar nachmittag 3 Uhr

Generalversammlung.

Einheitsverband d. Kriegsbeschädigten : und Hinterbliebenen : Ortsgruppe Teuchern.

Der Vorstand.

Reichsvereinig. ehem. Kriegsgefangener Ortsgruppe Teuchern und Umgegend.

Am 23. Jan. 1921 nachmittag 2 Uhr im Nordd. Hof.

Extra-Versammlung.

Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.

Landwirtschaftl. Verein f. Teuchern u. Umg.

Sonnabend, den 22. Dezember nachmittag 5 Uhr

Versammlung

im Hotel zum Löwen.
Wegen Vortrages wird um pünktliches und zahlreiches Erscheinen gebeten.

Der Vorstand.

Wirrhaar

kauft zu den höchsten Preisen
Albert Herrmann, Friseur.

Möbliertes Zimmer

zu vermieten. Zu erfr.
Mitte 19.

Todes-Anzeige.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.

Gestern verschied nach kurzem aber schweren Leiden meine liebe gut. Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwester und Tante

Frau Anna Mathiebe
geb. Rölke
im Alter von 41 Jahren

In tiefem Schmerz der schwergeprüfte Gatte
Paul Mathiebe und Kinder
Fam. Lehniger geb. Rölke **Leipzig**
„ **Kurt Rölke, Leipzig**
„ **Karl Rölke, Teuchern**
„ **Alfred Rölke, Teuchern**
„ **Robert Mathiebe, Charlottenburg**
„ **Oskar Mathiebe, Charlottenburg.**

Beerdigung Sonntag nachm. 4 Uhr.

Die Beerdigung der
Frau Martha Rupsch
geb. Kohlisch
findet Sonnabend vormittag 10 Uhr nicht von der Leichenhalle, sondern vom Trauerhause Oberstr. 6 aus statt.
Zugehende Kranzspenden werden dort entgegengenommen.

Nachruf.

Am 17. Januar 1921 verschied Herr

Lehrer Hugo Franz

nachdem er seit dem Jahre 1906 an hiesiger Schule segensreich gewirkt hatte.
Leider war es ihm nicht vergönnt, seinen wohlverdienten Ruhestand in den er ab 1. ds. Mts. eingetreten war, lange zu genessen.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Teuchern, den 20. Januar 1921

Namens d. Schuldeputation
Schilken, Bürgermeister.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Bierwirth, Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119210122-15/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 50 Pfg. Reklamezeile 100 Pfg.
zur eigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal und zwar Montags, Mittwochs und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 6,00 Mk. und durch den Briefträger: Mk. Einzel-Nummer 20 Pfg.

Vierteljährliche und monatl[illegible] werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße [illegible] unseren Boten und allen Post[illegible]men.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 10 | Sonnabend, den 22. Januar 1921 | 60. Jahrgang

Die letzte Woche.

Die Geschäfte für das 50jährige Bestehen des deutschen Reiches ist erstaunlicherweise ohne größere Zwischenfälle verlaufen, die niemand verstanden haben würde, der in der Reichsleitung die Vorbedingung für Deutschlands Zukunft erblickt, mag er auch sonst einer Partei angehören, welche es sein mag. Auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Reichseinheit haben der Präsident Ebert, sowie Gedenkreden und öffentliche Meinung hingewiesen, und so gibt es wenigstens ein Ziel, über welches keine Meinungsverschiedenheit vorwaltet. Der deutsche Reichstag hat sich erst einen Tag nach dem 18. Januar wieder in Berlin zur neuen Tagung zusammengefunden, für die es ihm an Arbeit auf dem leidigen Gebiet der Steuerpolitik nicht fehlen wird. Es ist in diesen Monaten endlich auch die Gesamtrechnung der Entente über die Kriegsentschädigung zu erwarten, die uns sagen wird, wieviel wir höchstens noch ausgeben können und wieviel wir unbedingt sparen müssen.

Die Agitation für die Landtagswahlen in Preußen von denen uns noch ein knapper Monat trennt, wird nochmals eine Pause in den Reichstagsverhandlungen herbeiführen.

Es ist vereinbart worden, daß die Beamtengehälter abermals erhöht werden sollen, doch muß der Schlüssel zur Lösung der Kostendeckungsfrage gefunden werden, was nicht leicht ist, da sich die Interessen der Steuerzahler in dieser Hinsicht von neuen Abgaben gegen das Ersaufen sträuben, und andererseits auch die Entente ein Wort dazu mitsprechen will, damit genügend Geld für die Zahlung der Kriegsentschädigung übrig bleibt. Von Sparen und Preisabbauen ist heute wenig die Rede, aber sie werden schon zu ihrem Rechte gelangen, da die Brotjorge in der Ernährung dieses Jahres eine besonders wichtige Rolle spielen wird. Der Vorrat an Brotkorn ist bedenklich knapp geworden.

In Oberschlesien dauern die unerfreulichen Verhältnisse und die Bedrohung durch die Polen fort. Es wäre dringend zu wünschen, wenn der neue französische Ministerpräsident Briand den Klagen aus Oberschlesien und aus dem besetzten Rheinland Luftlöse schaffte und für die Verwirklichung [illegible]

Eine einmalige Zuwendung des Reiches an die Länder.

Im Steuerausschuß des Reichstages machte der Reichsfinanzminister Dr. Wirth Mitteilungen über die bei der letzten Konferenz der Landesfinanzminister ausgesprochenen Wünsche.

Danach soll in dem Gesetz, in dem die neuen Teuerungszulagen festgestellt werden, gesetzlich festgelegt werden, daß die Mehraufwendungen, welche den Ländern und Gemeinden aus der reichsgesetzlichen Beamtenaufbesserung erwachsen, vom Reiche bezahlt werden sollen. Eine solche Maßnahme wäre von ebenso großer Bedeutung, wie die steuer- und verwaltungsrechtliche Regelung des Steuerwesens durch die Nationalversammlung. Die Reichsregierung vertrete die Anschauung, daß den Ländern eine einmalige Zuwendung vom Reich gegeben werden solle, damit sie in den Stand gesetzt werden, die Aufbesserungen auszahlen zu können. Den Gemeinden Zuwendungen zu machen, würde ins Uferlose führen.

Neue Steuern. — Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren und der Eisenbahntarife.

Jedenfalls müßte der Reichstag zur Aufbringung weiterer Mittel erhebliche Steuerzugeständnisse machen. Vor Verabschiedung des Gesetzes über die erhöhten Beamten- und Staatsarbeiterbezüge müsse man sich mit der Frage der Einführung neuer Reichseinnahmen beschäftigen; bevor das Kabinett mit seinen Beratungen nicht zu Ende sei, könne er über die Steuerprojekte eine nähere Auskunft nicht geben. An Erhöhung bereits eingeführter oder auch neuer indirekter Steuern werde man kaum vorbeikommen. Auswärtige Momente spielten dabei hinein.

Ein Gesetz über die Erhöhung der Postgebühren werde demnächst vorgelegt; ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Fernsprechgebühren werde folgen. Im Hauptausschuß soll demnächst über die Erhöhung der Eisenbahntarife Mitteilung gemacht werden.

Bei der Novelle zum Einkommensteuergesetz werde man sich über die Höhe der Sätze, den Lohnabzug und anderes zu unterhalten haben. Eine Fristverlängerung über den 31. Januar 1921 hinaus für die Anmeldung von Kriegsanleihen zur Bezahlung des Reichsnotopfers könne er nicht zusagen.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Verteuerung des Personen- und Gütervertehrs.

Die bedenkliche Lage der Eisenbahnfinanzen, die noch ganz erheblich durch die letzten Gehaltserhöhungen verschlechtert worden ist, wirft neue dunkle Schatten auf die Zukunft des heutigen Verkehrs. Abgesehen von Wucherdiensten, Schiebern und Schmarotzern, ist wohl heute niemand mehr ohne große wirtschaftliche Opfer in der Lage, eine größere Reise zu unternehmen, und in der Tat ist bahnamtlich festgestellt worden, daß sie ganz besonders im vergangenen Jahre an empfindlicher Verkehrsrückgang bemerkbar machte. Die Personen- und Gütertarife bleiben aber für die Deckung des großen Eisenbahndefizits die bedeutendsten Einnahmequellen, und so können wir in nächster Zeit wieder einmal mit einer Erhöhung der Tarife rechnen.

Im Personenverkehr sollen die Fahrpreise für kurze Strecken bedeutend verteuert werden, während die Preise für große Strecken nur „mäßig" erhöht werden sollen. Warum gerade die Nahstrecken bedeutend verteuert werden sollen, ist nicht recht einzusehen; denn es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade diese Strecken von der erwerbstätigen Bevölkerung in viel höherem Maße in Anspruch genommen werden, als die weiteren Strecken. Arbeiter und Angestellte müssen sich oft dieser kurzen Strecken bedienen, um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen, und sie würden durch die neuen Absichten der Eisenbahnverwaltung ganz besonders geschädigt. Hier wäre es schon das kleinere Uebel, die längeren Strecken zu verteuern, während man dabei jedoch auch nicht verkennen darf, daß dies eine nicht allzu günstige Folge für den Innenhandel haben würde. Luxusreisen sollten jedenfalls schärfstens erfaßt werden; in welcher Weise, muß der Initiative des Reichsverkehrsministers überlassen bleiben.

Der Gütertarif soll, wie verlautet, um das Doppelte der gegenwärtigen Sätze erhöht werden. Diese Erhöhung soll sich an die im Dezember 1920 eingeleitete Reform des Gütertarifs anschließen. Die verschiedenen Güterarten und Wagenladungsklassen sollen je nach ihrem Wert höher belastet werden. Dadurch soll vermieden werden, daß gewisse für die deutsche Volkswirtschaft ungeheuer wichtige Waren, wie z. B. künstlicher Dünger, nicht zu stark verteuert werden. Zugestanden, daß dieses Verfahren der gesunden Logik am weitesten entgegenkommt, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß mit der Erhöhung des Gütertarifs unbedingt auch eine allgemeine Erhöhung der Warenpreise verbunden ist.

So gehören die Erhöhungen im Personen- und Gütervertehr auf den deutschen Reichsbahnen zu der endlosen Schraube, die Lohnerhöhungen und Bedarfsmittelverteuerungen bringt. Diese Schraube, der Ruin der deutschen Volkswirtschaft, kann nur abgestellt werden durch eine vernünftigere, bedeutend sparsamere Reichsfinanzwirtschaft und durch Entgegenkommen der Entente in wirtschaftlichen Fragen, in denen sie sich stets so unerbittlich zeigt. Tü.

Das Unrecht gegen Oberschlesien.

Deutscher Protest gegen die Abstimmungsordnung.

Gegen das von der Interalliierten Kommission für Oberschlesien erlassene Abstimmungsreglement hat die deutsche Regierung in einer Note an die Botschafterkonferenz und an die alliierten Großmächte eingehend begründeten Einspruch erhoben.

Die Note stellt zunächst fest, daß einmal die Abstimmungsordnung dem deutschen Bevollmächtigten erst fünf Tage nach ihrer Veröffentlichung zugestellt worden ist, und ferner, daß bei der Ausarbeitung des Reglements weder die deutschen Abstimmungsbehörden und Organisationen, noch der offizielle deutsch-polnische paritätische Beirat zugezogen wurde, während die Polen Gelegenheit bekamen, ihre Wünsche zu äußern.

Die deutsche Regierung erhebt gegen das Abstimmungsreglement Einspruch, weil es 1. unmittelbare Verletzungen des Friedensvertrages, 2. unbillige, einseitig gegen die Deutschen gerichtete Härten und 3. technisch undurchführbare Bestimmungen enthält.

Zur Lage.

+ **Briand beim deutschen Botschafter.** Am 18. d. Mts., abends, hat der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris aufgesucht und mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die der Reparation besprochen. Der Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, daß Deutschland bisher immer daran festgehalten habe, daß seine Gesamtschuld festgesetzt werden müsse; dies hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Anleihe gelangen könne; wenn man eine Lösung nur für etwa fünf Jahre treffe, so sei dies insofern mißlich, als das deutsche Volk dann noch immer kein Ende absehe und fürchten würde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe die deutsche Regierung sich auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, die in Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden sind, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems zunächst nur auf eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich der Kohlenlieferungen mehr als einen Teil der von uns verlangten Summe und anders als in Natura zu leisten. Ministerpräsident Briand gab darauf seiner Hoffnung Ausdruck, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

+ **Die Deutschen im Ostgebiet,** das 1920 an Polen abgetreten wurde, rühren sich energisch. In Warschau steht es schlecht, aber das ganze polnische Reich würde Hunger leiden, wenn die Deutschen in Posen und Pommerellen nicht aushelfen würden. Dank dafür haben sie nicht geerntet, und so ist es nicht zu verwundern, wenn ihnen die Geduld reißt, und sie energisch als Recht fordern, was man ihnen als Wunsch nicht erfüllt hat. Das ist selbständige Verwaltung für die einzigen deutschen Bezirke. Respektierung der deutschen Eigenart und der deutschen Sprache. Es ist unseren Landsleuten zu wünschen, daß sie durchsetzen, was sie beanspruchen können.

° Berlin. Der Reichsrat nahm die Regierungsvorlage über die Erhöhungen der Teuerungszulage der Beamten an, forderte aber gleichzeitig einen Reichszuschuß an die Länder und Gemeinden zur Bestreitung der diesen dadurch erwachsenden Mehrkosten.

° Berlin. Der erweiterte Vorstand des deutschen Eisenbahner-Verbandes hat dem Sechzehnerausschuß einstimmig ein Vertrauensvotum ausgestellt. In einer weiteren Entschließung wendet er sich gegen die Moskauer Gewerkschaftszersplitterer.

° Berlin. Zum Nachfolger Karl Legiens wurde der bisherige Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Theodor Leipart (Soz.), zum vorläufigen Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt.

° Berlin. Der sowjetrussische Vertreter in Berlin, Viktor Kopp, ist nach Moskau gereist. Man behauptet, er sei von seinem Posten abberufen, doch wird dies von der „Roten Fahne" abgeleugnet.

° Bautzen. Eine Versammlung der Wenden in Hoyerswerda sprach sich für den Anschluß der Wenden an das Zentrum aus.

+ Italien. In Livorno hat der Kongreß der italienischen Sozialisten begonnen, der möglicherweise auch in Italien zur Spaltung der Sozialisten in Moskaufreunde und Moskaugegner führen wird.

+ Türkei. In Konstantinopel kam es zu heftigen Kämpfen zwischen meuternden Brangelruppen und französischen Truppen.

° Schiffsunglück in der Nordsee. Der Kieler Schleppdampfer „Nordstern" mit zwei leeren Schuten von Rotterdam nach Kiel bestimmt, ist bei schwerem Südweststurm auf Groß-Vogelsand bei Cuxhaven gekrandet und in a[illegible] verlorene angen. Der Mast und der Schornstein ragen noch aus dem Wasser hervor. Hilfe konnte nicht gebracht werden, da man an das Schiff nicht gelangen konnte. Von der Besatzung des Schleppdampfers sind der Kapitän und 4 Mann ertrunken, nur der 65 Jahre alte Koch, der sich über 18 Stunden am oberen Teil des Schornsteins festgehalten hatte, ist gerettet worden. Von den Schuten ist nur eine geborgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119210122-15/fragment/page=0005